

Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO
Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe, SKOS
Band: 96 (1999)
Heft: 5

Rubrik: Aus Bundespolitik und Sozialversicherungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 25.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Auf die ursprünglich geplante Ausweitung des Versicherungsschutzes für Versicherte mit kleinen Einkommen und Teilzeitbeschäftigte wird verzichtet. Gegenüber früheren Modellen können die Kosten um bis zu 600 Mio. auf maximal 380 Mio. gesenkt werden. Wie bei der AHV dürften auch von diesen Massnahmen vor allem die Frauen betroffen sein.

Auf die Frage eines Journalisten, ob die Frauen bei der AHV- und der BVG-Revi-

sion nicht als die grossen Verliererinnen dastünden, räumte Ruth Dreifuss ein: «Ja, ich komme zum gleichen Schluss.» Mit seinen Entscheiden zur 11. AHV-Revision ist der Bundesrat bei der SP und beim Gewerkschaftsbund SGB auf helle Empörung gestossen. Die bürgerliche Bundesratsmehrheit betreibe Sozialabbau und fördere die Arbeitslosigkeit zusätzlich, schrieb die SP.

pd/cab

Aus Bundespolitik und Sozialversicherungen

- **Mutterschaftsversicherung:** Die Befürworterinnen und Befürworter der Mutterschaftsversicherung, über die am 13. Juni abgestimmt wird, haben anfangs April auf dem Berner Bundesplatz den Startschuss zur Abstimmungskampagne gegeben. Die Vorlage erfüllt den seit 55 Jahren in der Verfassung verankerten Auftrag, eine Mutterschaftsversicherung einzurichten. Vor dem Bundeshaus wurde in grossen farbigen Lettern das Motto «Ja zur Familie» auf den Boden «geschrieben». Ein Einkommen genüge heute oft nicht mehr, um eine vierköpfige Familie zu ernähren. Gegen die Parlamentsvorlage hatten Arbeitgeberverbände sowie die Junge SVP das Referendum ergriffen.

- **Dubliner Erstasylabkommen:** Die Schweiz werde in der Asylpolitik noch auf Jahre hinaus im Abseits stehen. Ihr Anschluss an das Erstasylabkommen von Dublin sei mittelfristig nicht realisierbar. Dies erklärte Olaf Reermann, deutscher Chefbeamter für Migrationsfragen, Ende März in Bern. Die asylpolitische Situation dürfe in den kommenden Jah-

ren noch schwieriger werden, wenn die Asylkoordination innerhalb der EU besser funktioniere, sagte Jean-Daniel Gerber, Direktor des Bundesamtes für Flüchtlinge. Die Schweiz werde dann zur einzigen Anlaufstelle für von der EU abgewiesene Asylbewerber in Europa.

- **AHV- und IV-Rechnung:** Das Defizit der staatlichen Sozialwerke AHV, IV und EO ist 1998 um rund 1 Milliarde auf 1,8 Milliarden Franken gestiegen. Das Defizit der AHV stieg massiv von 583 Millionen auf 1,4 Milliarden, das Minus der IV vergrösserte sich von 616 auf 696 Millionen. Die EO erzielte 1998 einen Einnahmenüberschuss von 251 Millionen, im Vorjahr betrug er noch 386 Millionen. Das Vermögen der AHV belief sich auf 21,8 Milliarden und deckte noch rund 82 Prozent der Jahresausgaben (1997: 90 Prozent). 1999 bezogen 1,9 Prozent mehr ältere Personen Renten als im Vorjahr. Für 1999 wird dank der Anhebung des Mehrwertsteuersatzes ein besseres Resultat erwartet.

pd/cab